



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 885 890

F/XIV/248 - 31. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Schröders akademischer Bankrott Von Waldemar von Knoeringen Stellvertretender Vorsitzender der SPD	87
3 - 4	Konsequent für Deutschland Ein Wort zu den Memoiren von de Gaulle Von Matthias Monten	60
5 - 6	Botschafter guten Willens Deutsche Stipendiaten in Moskau und Leningrad	62
7	Der Blick nach Afrika Nach der Konferenz in Addis Abeba	41

* * * *
* * *

Schröders akademischer Bankrott

Von Waldemar von Knoeringen

stellvertretender Vorsitzender der SPD

Der Bundesminister des Innern, Dr. Gerhard Schröder, hat unter dem Titel "Überfüllung der Hochschulen" eine für die Diskussionen in der Öffentlichkeit bestimmte Studie seines Ministeriums vorgelegt. Die Studie bringt Statistiken über die Stärke der Geburtenjahrgänge von 1930 bis 1956, der Abiturientenjahrgänge von 1954 bis 1965 und gibt Aufschluss über die Zahl der gegenwärtig oder künftig an den Hochschulen Studierenden bis zum Jahr 1965. Nach den Worten des Ministers hat die Bundesregierung zum erstenmal nach zehnjähriger Regierungszeit eine derartige Statistik veröffentlicht. Wer in der Veröffentlichung dieser Studie einen Silberstreif am schwarzen Horizont bundesrepublikanischer Hochschulförderung zu erblicken glaubt, freut sich zu früh.

In der Studie des Bundesinnenministeriums werden aus den Zahlen der Statistik auch gewisse Konsequenzen gezogen. Minister Schröder nennt dies bescheiden "der notwendigen Diskussion einen allgemeinen, durch übergeordnete Gesichtspunkte bestimmten Rahmen" geben. Für diese "übergeordneten Gesichtspunkte" verdient Minister Schröder den aufrichtigen Dank der deutschen Sozialdemokratie; denn noch nie zuvor hat die Bundesregierung so grandios dokumentiert, wie unfähig sie ist, die Hochschul- und Bildungsprobleme des technischen Zeitalters zu bewältigen.

Welche Antworten gibt die Bundesregierung den Hochschulen der Bundesrepublik, wenn es darum geht, das Hochschulproblem, vor allem die Überfüllung der Hochschulen zu bewältigen?

Was sagt der Bundesinnenminister

1. Zum zweiten Bildungsweg?

Schröder-Studie: "Seine Wichtigkeit liegt darin, dass den Aussenseitern ... eine Chance gegeben wird."

2. zur Lehrerbeltastung?

Schröder-Studie: "... wann die Lehrerbeltastung unzumutbar wird, das hängt von der Art des Faches und schliesslich von der pädagogischen Begeisterung des jeweiligen Lehrers ab."

3. zum Akademikerbedarf?

Schröder-Studie: "... dass, im gesamten gesehen, Anzeichen für eine 'Über- oder Unterproduktion' an Jungakademikern nicht sichtbar geworden sind." - "... dass jeder Akademiker seinen Platz und jeder geeignete freie Platz seinen Akademiker finden

wird. Sollte an einigen Stellen Mangel oder Überfluss auftreten, muss das hingenommen werden - als Lösegeld für einen freiheitlichen Zustand, der billiger nicht zu haben ist."

4. dazu, dass an unseren Hochschulen in den nächsten Jahren 135 000 Studienplätze fehlen werden (ohne Auslands- und Lehrerstudenten)?

Schröder-Studie: "Die Studentenzahlen werden bei 275000 liegen. Diese Zahl wird jedoch eventuell durch Massnahmen zur Hebung des Standards auf etwa 206 000 sinken." - "Es bleibt daher nur übrig, die Kapazität der Hochschulen so einzurichten, dass die Hochschulen die zu erwartende Zahl der Studenten aufnehmen kann, also etwa 206 000 Studenten." - "Diese Kapazitätserweiterung wird Geld kosten und Zeit brauchen." - "Es wird nichts anderes übrig bleiben, als - vorübergehend - 'Platzkarten' an die geeigneten Studenten auszugeben, um mit dem Stau fertigzuwerden." - "Die Hochschulen werden zu überlegen haben, ob der Standard der Hochschulen es nicht erfordert, dass sie nach einem strengen Begabungs- und Leistungsmaßstab etwa jeden vierten Hochschulbesucher aus der Hochschule 'herausprüfen', damit für die wirklichen Studenten Platz geschaffen wird (Eignungsprüfung)."

Was glaubt der Bundesinnenminister mit diesen "Übergeordneten Gesichtspunkten" zu erreichen?

Schröder-Studie: "Erst dann würden wir mit Hochschulen rechnen können, wie sie in einem 'modernen Bildungsstaat' als ein wesentliches Stück unserer 'Bildungsaufrüstung' unerlässlich sind."

Das hat uns noch gefehlt! Ein junger Mensch, dessen Begabung in einem überholten Schulsystem sich nicht entfalten konnte, ist nach der Studie des Innenministeriums ein Aussenseiter. Als Maßstab für die Grenze der Belastung eines Lehrers erfindet die Schröder-Studie die "pädagogische Begeisterung". Um Geld für die Erweiterung der Hochschulen zu sparen, empfiehlt das Ministerium, jeden Vierten der Studenten "herauszuprüfen". Wohin wird nach Minister Schröder jeder Vierte der Studenten hinausgeprüft? Zum akademischen Schrott! Denn die "übergeordneten Gesichtspunkte" Dr. Schröders enthalten keine Vorschläge über die Berufswege der Herauszuprüfenden. Das Unvermögen der Regierung, vorausschauend eine den Anforderungen des neuen technischen Zeitalters gewachsene, breite geistige Elite heranzubilden, ist nach Meinung des Ministers das "Lösegeld für einen freiheitlichen Zustand".

Wir kennen nicht den Grund, warum Minister Schröder von dem von ihm so viel zitierten "Notstand" abirrte zum "freiheitlichen Zustand". Mit aller Bestimmtheit aber glauben wir zu wissen, dass ein unserer Zeit entsprechendes Hochschulwesen, so billig wie Minister Schröder es sich vorstellt, nicht zu haben ist. Der Bundesinnenminister hat ein sehr intimes Verhältnis zur Frage des Staats-Notstandes und den dafür zu schaffenden Gesetzen; den geistigen Notstand unserer Demokratie hat Dr. Schröder nicht erkannt. Das ist schlecht für die Bundesregierung, schlecht für die CDU und schlecht für uns alle!

Konsequent für Deutschland

Von Matthias Monten

Aus Paris kommen immer wieder Informationen, die aufhorchen lassen. Sie sagen über das Verhältnis unseres Nachbarlandes zur Bundesrepublik mehr aber auch anderes aus als die offiziellen Nachrichten aus Bonn.

Vor Monaten, am 25. März 1959, liess der Staatschef der Republik Frankreich die Öffentlichkeit überraschend wissen, dass er die Entscheidung über die Grenzziehung im deutschen Osten für sich längst getroffen habe: Die Linie an Oder und Neisse soll die Grenze zwischen Ost und West bleiben. Der Ministerpräsident Frankreichs, Debré, wiederholte diese Feststellung vor dem Parlament des Landes vor kurzem.

Jetzt nun hat de Gaulle diese Haltung zu einer der wichtigsten Fragen der deutschen Politik erneut und ausdrücklich bestätigt, indem er im bisher letzten Band seiner Memoiren mitteilt, er habe schon 1944 sein Einverständnis zu einer solchen Regelung gegeben. Kein Wort ist zu lesen oder zu hören, dass er diese Zusage von damals bedauere oder auch nur aus taktischen Gründen - etwa aus Rücksicht auf seinen politischen Freund Adenauer - in diesem Augenblick und unter den heutigen politischen Umständen noch offen lassen möchte.

Im Gegenteil, de Gaulle schlägt in seinen Memoiren hart und rücksichtslos in die Kerbe und deckt höchst peinliche Vorgänge auf, die nach Kriegsende am Rhein gespielt haben und die schlimme Erinnerungen und Vergleiche wachrufen. Dort wollte er das deutsche Gebiet links des Rheins als ein selbständiges Land entstehen lassen, und er habe Hoffende, Freunde und Helfer unter den Deutschen gefördert, so berichtet de Gaulle. Unter den Prominenten, die ihn in Neustadt in der Pfalz begrüsst hätten, habe er Zustimmung erhalten.

Dieser sensationellen Darstellung des französischen Staatspräsidenten wurde von deutscher Seite widersprochen, von sozialdemokratischer Seite zuerst, um es genau zu sagen. Der Vorsitzende der SPD in der Pfalz, Franz Boegler, teilte aber in seiner Gegendarstellung erstaunliches mit. Er und seine Freunde hätten damals aus der Kenntnis gewisser hintergründiger Strömungen im Lande befürchtet, dass bei Gelegenheit des Besuches von de Gaulle "eine Aktion der Separatisten" gestartet werde. Die Sozialdemokraten hätten sich auf solche Gefahr vorbereitet. So ernst nahmen die Sozialdemokraten die Lage, und ein Sprecher, der damalige Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Valentin Bauer, sollte eine scharf ablehnende Erklärung abgeben, sobald die Befürworter einer Abspaltung des linken Rheinlandes oder der Pfalz hervorgetreten wären.

Es brauchte nicht zu dieser Abwehr zu kommen, die Separatisten hielten sich - mindestens öffentlich - zurück. Aber es ist nützlich und von grossem Wert zu erfahren, dass wieder einmal Sozialdemokraten in einer Stunde ernster Gefahr für die Einheit Deutschlands wachsam und kampfbereit einzutreten gewillt waren.

Es wäre nicht das erste Mal gewesen, dass Sozialdemokraten in patriotischer Verantwortung einer Abtrennung deutscher Gebiete entgegengetreten wären. Der Zusammenhalt des Reiches - das ist inzwischen in die Geschichte eingegangen - wurde auch nach dem ersten Weltkrieg von der deutschen Sozialdemokratie erzwungen. Nach dem zweiten Weltkrieg waren es die Sozialdemokraten, die die Lösung in der Saarfrage fanden und die Rückgliederung des Saargebietes gegen Adenauers Konzept durchsetzten und die mit aller Leidenschaft und Konsequenz für die Wiedervereinigung der sowjetisch besetzten Zone und der westdeutschen Landesteile zu einem Deutschland arbeiten.

Man sollte die Informationen aus Paris und die deutschen Ergänzungen und Berichtigungen dazu nicht aus den politischen Zusammenhängen lösen. Sie mahnen und warnen.

Botschafter guten Willens

D.B. In diesen Tagen reisen die ersten 10 Studenten im Rahmen der deutsch-sowjetischen Kulturvereinbarung in die Sowjet-Union. Ein Jahr lang werden sie als Stipendiaten an den Hochschulen in Moskau und Leningrad studieren. Auch 10 sowjetische Stipendiaten werden noch Anfang November in der Bundesrepublik eintreffen. Sie können sich den von ihnen gewünschten Hochschulort bei uns nach eigenem Ermessen aussuchen.

Die deutschen Studenten, Slawisten, Volkswirtschaftler und Naturwissenschaftler, werden sich nicht nur hinter Büchern und in den Seminaren vergraben. Sie werden mit ihren sowjetischen Kollegen arbeiten und feiern, Freunde gewinnen und auch manchen Streit austragen. Sie werden nach einem Jahr mit lebhaften Eindrücken und genauen Kenntnissen des sowjetischen Alltags an den Hochschulen zurückkehren. Zunächst werden sie keinen leichten Stand haben, doch man wird ihnen als jungen Menschen trotz aller politischer Differenzen den guten Willen als Kredit hoffentlich einräumen.

Auch die sowjetischen Studenten an unseren Hochschulen werden nicht in der akademischen Klausur bleiben wollen. Wir sind bereit, ihnen unser Land und unsere Lebensverhältnisse, auch unsere Schwierigkeiten, offen zu zeigen, ebenso wie wir Fragen an unsere Gäste haben.

Noch steht viel zwischen unseren Völkern. Die bitteren Erinnerungen an die in unseren Namen und von uns bewirkten furchtbaren Vorgänge der Kriegszeit in der Sowjet-Union wie auch an die bei uns geschehenen Schrecken der Nachkriegszeit verursachen unrichtige Vorstellung über die Gegenwart. Unsere politischen Auffassungen sind in Grundsatz verschieden - und die Teilung unseres Landes kann auch für diese ersten Gespräche zu einer Hypothek werden. Auf beiden Seiten gibt es Vorbehalte und Vorurteile, die es zu überwinden gilt. Das sind Bedingungen des sowjetischen und auch unseren Alltags, denen sich diese Studenten nicht entziehen können und sollen. Doch jeder von ihnen wird, neben seinem wissenschaftlichen Studium, ein "Botschafter

des guten Willens" sein können.

Die Entwicklung unserer Wissenschaft ist heute nicht mehr in nationaler Beschränkung, sondern nur noch in internationaler Verflechtung denkbar. Für diesen Wissenschaftsaustausch darf es keine verbotenen Zonen geben, wenn wir nicht provinziell werden wollen. So wird es höchste Zeit, daß wir auch wieder Verbindungen zu den osteuropäischen Hochschulen gewinnen. Diese internationalen Kulturbeliehungen vollziehen sich sicherlich nicht im politisch wertfreien Raum. Die Studenten haben auch die Aufgabe, die Wirklichkeit des anderen Landes in allen seinen Lebensäußerungen kennenzulernen. Sie werden ohne politischen Missionsdrang ihre Gastgeber über ihr eigenes Land informieren, dabei aber das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes beachten müssen.

Es fehlte bei uns bislang nicht an Warnern vor einem Kulturaustausch mit der Sowjet-Union. Doch dahinter steckte zur zu oft die Absicht, an der gescheiterten Politik der Stärke und Drohung starrsinnig festzuhalten. Daß unsere Moskauer Botschaft, der man einiges Urteilsvermögen in diesen Dingen zutrauen kann, seit Jahren gerade auf einen Hochschulaustausch drängte, hätte früher zu Ergebnissen führen sollen. Die fruchtbaren Auswirkungen dieser nun verwirklichter ersten Verbindung soll man sicherlich nicht überschätzen. Doch ein sicheres politisches Selbstbewußtsein erlaubt uns ein Gespräch über die Grenzen hinweg.

Wir sollten unseren Gästen, den Stipendiaten aus der Sowjet-Union, nicht nur höflich und korrekt, sondern auch gastfreundlich gegenüber treten. Ob sich die Erwartungen hinsichtlich eines fairen Kulturaustausches mit der Sowjet-Union erfüllen, hängt von beiden Seiten ab. Wir müssen das unsere dazu tun.

Daß es allerdings für westdeutsche Studenten eher möglich ist, ein Jahr lang in Moskau oder Leningrad zu studieren, als an den Universitäten von Jena und Leipzig, ist einfach eine historische Groteske. Auf diese verzweifelte Lage unseres Volkes mit allen Nachdruck hinzuweisen, sollten unsere Studenten in der Sowjet-Union nicht versäumen.

Der Blick nach Afrika

sp - Die deutsche Politik gegenüber den afrikanischen Staaten soll aktiviert und mit neuen Akzenten versehen werden. Das zumindest ist ein Ergebnis der in Addis Abeba zu Ende gegangenen Konferenz der deutschen Missionschefs in Afrika.

Besondere Beunruhigung soll unter anderem das wachsende politische und finanzielle Engagement des Pankower Regimes auf dem "schwarzen Kontinent" bereiten. Man weiß, daß die in einigen afrikanischen Staaten bestehenden Handelsvertretungen der Zone mit allen Mitteln versuchen, den Einfluß und die "Respektabilität" der ostdeutschen Kommunisten durch ein überreiches Angebot an Stipendien für die junge Intelligenz dieser Staaten sowie durch handelspolitische Konzessionen zu vergrößern. Am entscheidendsten aber dürfte die rückhaltlose Unterstützung der algerischen Freiheitskämpfer - wenigstens nach außen hin und zu propagandistischen Zwecken - durch die Kommunisten, und hier vor allem durch Pankow sein. Die Rücksicht, die die Bundesregierung bisher immer gegenüber Frankreich in der algerischen Frage gezeigt hat, führte zu beträchtlichen psychologisch-politischen Verstimmungen bei einer Reihe afrikanischer Länder.

Man mag einwenden, unter diesen afrikanischen Ländern befänden sich einige, die sich noch im halbkolonialen Status befänden und sowieso noch nicht "mitreden" könnten. Im nächsten Jahr erlangt eines der volkreichsten und wirtschaftlich wichtigsten Gebiete Afrikas - nämlich Nigerien - seine Unabhängigkeit, der Kongo ist auf dem Wege dazu. Und wie lange wird es noch dauern, bis auch die letzten der zur Zeit noch unter kolonialer Herrschaft stehenden Gebiete ihre Unabhängigkeit erreicht haben? Nur mehr eine kurze Zeit, das steht heute schon fest.

Die Vereinigten Staaten haben begriffen, wessen Stunde geschlagen hat und sind im Zuge einer großen und bedeutsamen Umkehrung ihrer bisherigen Afrikapolitik. Zur Stunde bereist Staatschef Sékou Touré von Guinea die USA. Washington scherte es dabei wenig, daß die Franzosen sehr verschrupft sind, da die Beziehungen zwischen Paris und der früheren Kolonie die denkbar schlechtesten sind. Wer erinnert sich nicht der empörten Intervention des "weißen Elements" in Afrika, als Amerika dem Gewerkschaftsführer Kenias, Tom Mboya, einen so herzlichen Empfang bereitete? Die amerikanische Regierung hat dies überhaupt nicht beachtet, da ihr Mboya wichtiger war als irgend ein Kolonialist. Vielleicht kommt Bonn in der nächsten Zeit zu ähnlichen Überlegungen. Addis Abeba war sicherlich eine gute Vorbereitung dazu.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel